

Beziehung zur EU braucht neue Basis

In den vergangenen Jahren haben sich die Grundlagen für die Schweizer Europapolitik verändert. Ein Land, das auch in Zukunft erfolgreich sein will, sollte sich nicht zu stark an der EU orientieren. **REINER EICHENBERGER**

Angesichts des Rahmenabkommen-Dramas sollten wir nochmals grundsätzlich über das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union nachdenken. Dafür empfehle ich zehn Denkschritte.

Erstens: Länder, die ihren Bürgern besonders hohe Lebensqualität bieten wollen, brauchen besonders gute Politik. Zweitens: Für besonders gute Politik braucht es gute politische Institutionen. Die Schweiz hat mit einem weltweit einmaligen Ausmass an direkter Demokratie, kleinräumigem Föderalismus und Direktwahl aller Mitglieder der lokalen Regierungen hervorragende Institutionen. Entsprechend gross ist ihr Potenzial, ihren Einwohnern hohe Lebensqualität zu bieten.

Drittens: Das hohe Potenzial lässt sich aber nur unter zwei Voraussetzungen realisieren. Zum einen muss die Schweiz einen Spielraum haben, bessere Politik als andere zu betreiben. Sprich: Sie braucht Autonomie. Der Rahmenvertrag würde ihre Autonomie ungebührlich beschneiden. Viertens: Zum anderen müssen auch die normalen Bürger von der guten Politik profitieren. Gute Politik hat wie alles Kosten und Nutzen. Die Kosten fallen zuerst an, der Nutzen erst längerfristig. Die Personenfreizügigkeit erlaubt es den Zuwanderern, am Nutzen der guten Politik zu partizipieren, ohne sich voll an den Kosten zu beteiligen. Sie hebt also die Eigentumsrechte der Inländer am Nutzen ihrer guten Politik auf und bricht so ihre Anreize, für gute Politik einzustehen und die damit verbundenen Kosten zu tragen.



«Die Schweiz muss Spielraum haben, bessere Politik als andere zu betreiben.»

Füllungskosten

Fünftens: Die Enteignung der Inländer ergibt sich aus dem starken zuwanderungsgetriebenen Bevölkerungswachstum. Es bringt eine Verknappung und Verteuerung der Faktoren, die nicht oder nur zu steigenden Kosten dem schnellen Bevölkerungswachstum angepasst werden können: Land, Infrastruktur, Umweltgüter, anvisierte Selbstversorgung. Diese Füllungskosten blähen zum Teil das Bruttoinlandsprodukt noch auf, senken aber die Lebensqualität. Ein Beispiel für Füllungskosten bietet unsere Klimapolitik. Sie will den CO₂-Ausstoss auf bestimmte Prozentsätze des Niveaus von 1990 senken, also auf eine bestimmte Zahl von Tonnen. Mit jedem Zuwanderer steigt aber der CO₂-Ausstoss in der Schweiz um etwa den durchschnittlichen Ausstoss pro Einwohner von heute rund sechs Tonnen pro Jahr, sodass auch die anvisierte Reduktion entsprechend höher ausfallen muss. Wenn sie wie geplant in der Schweiz stattfinden muss, betragen die Kosten pro zusätzliche Tonne etwa

500 Fr. pro Jahr. Somit betrügen dann allein die Kosten der Reduktion des CO₂-Ausstosses pro Neuzuwanderer 3000 Fr. pro Jahr, bezahlt von der Allgemeinheit.

Sechstens: Die grossen Kosten der Personenfreizügigkeit werden durch die Vorteile des mit ihr verknüpften Vertragspakets Bilaterale I niemals kompensiert. Sein Nutzen ist weit kleiner als oft behauptet. Sogar die vom Bund beauftragten Studien finden, dass die Bilateralen I den Wohlstand pro Einwohner kaum erhöhen.

So betont der Bund stereotyp, dass gemäss Studie von Ecoplan (2015) die Kündigung der Bilateralen I das Wachstum der Gesamtwirtschaft von 2018 bis 2035 um 4,9% sinken liesse. Tatsächlich aber liegt das fast nur am dann niedrigeren Bevölkerungswachstum, und das für die Normalbürger relevante Wachstum des Einkommens pro Arbeitskraft würde insgesamt nur 0,7% sinken. Dabei sind all die grossen Vorteile des langsameren Bevölkerungswachstums noch nicht berücksichtigt.

Siebtens: Die Personenfreizügigkeit belastet auch die Bürger der EU schwer. Die Zuwanderungsregionen leiden unter Füllungskosten und die Abwanderungsregionen unter Entleerung. Personenfreizügigkeit ist nur da gut, wo die Wanderungsbewegungen einermassen ausgeglichen sind. Das gilt innerhalb von Ländern, wo die verschiedenen Regionen zumeist ähnlich leistungsfähige Institutionen und so ein ähnliches Potenzial haben. In der EU und erst recht zwischen der EU und der Schweiz sind die Unterschiede in der Leistungsfähigkeit der Institutionen aber so gross, dass der Wanderungsdruck noch lange einseitig sein wird. Trotzdem ist die Wanderung innerhalb der EU eher klein.

Denn viele EU-Länder haben die Personenfreizügigkeit längst ausgehebel. Weil die EU-Personenfreizügigkeit die Diskriminierung von Zuwanderern gegenüber Inländern verbietet, diskriminieren sie einfach die Outsider gegenüber den Insidern. Die Outsider sind die potenziellen Zuwanderer und die eigenen Jungen, die noch keine volle Arbeitsstelle und keine Wohnung haben. Die Insider sind die älteren Inländer, die eine Stelle und eine Wohnung haben. Die Politik schützt die Insider so stark vor Kündigung sowie Lohn- und Mietanpassungen, dass es sich für Private kaum mehr lohnt, neue Arbeitsstellen und Wohnungen für Outsider zu schaffen.

Achtens: Die Zuwanderung sollte möglichst frei von bürokratischen Hürden sein, keine Füllungseffekte verursachen und den Wohlstand der Inländer fördern. Sie muss also klug gesteuert werden. Das geht nur mit einem Preissystem, das einen Teil der Wanderungsgewinne der

Zuwanderer an die Inländer fliessen lässt. Gemeinsam mit David Stadelmann vertrete ich seit Jahren eine zeitabhängige Zuwanderungsabgabe nach dem Modell Kurtaxe. Vorgeschlagen haben wir 3000 bis 5000 Fr. pro Jahr während drei bis fünf Jahren. Das brächte der Schweiz deutlich weniger Bevölkerungswachstum und Füllungskosten, eine positive Selektion der Zuwanderung und zusätzliche Staatseinnahmen von 1 bis 2,5 Mrd. Fr. pro Jahr. So hätten die Bürger wieder beste Anreize, für gute Politik und echte Offenheit ohne versteckte Diskriminierung der Zuwanderer einzustehen.

Brexit verändert Ausgangslage

Neuntens: Unseren Vorschlag hielten viele für unrealistisch. Mit dem Brexit hat Grossbritannien die Personenfreizügigkeit mit der EU aufgehoben und regelt die Zuwanderung neu mit einem sogenannten Punktesystem. Die Zuwanderungswilligen erhalten für die Erfüllung verschiedener Kriterien Punkte. Sie müssen eine relativ gut qualifizierte Arbeitsstelle (oder einen Ausbildungsplatz) und die dafür notwendigen Qualifikationen haben, wenigstens rund 40% mehr als den Mindestlohn verdienen und angemessen Englisch sprechen können.

Dazu kommt dies: Die Zuwanderer und ihre Arbeitgeber müssen verschiedene Gebühren entrichten – eine einmalige Anmeldegebühr und während fünf Jahren eine zeitabhängige Aufenthaltsgebühr sowie eine zusätzliche, über die Belastung von Briten hinausgehende Gebühr für die Gesundheitsversorgung. In der Summe beträgt die Abgabe pro arbeitenden Zuwanderer jährlich während fünf Jahren gut 2000€, was umgerechnet auf Schweizer Einkommensverhältnisse gut 5000 Fr. entspricht. In Wahrheit ist das britische Punktesystem also eine Aufenthaltsabgabe Modell Kurtaxe.

Zehntens: In den letzten Jahren haben sich die Grundlagen für die Schweizer Europapolitik völlig verändert. Mit dem Brexit erscheint Unabhängigkeit wieder als realistische Alternative zur EU-Annäherung. Die Schweizer Exporte in den Rest der Welt sind heute (gemäss Zahlen des Bundesamts für Statistik) grösser als die Exporte in die EU, sie sind wertschöpfungsintensiver und wachsen viel schneller. Die Coronapandemie hat die Virtualisierung der menschlichen Interaktion beschleunigt, was die Schweiz noch stärker auf die Welt statt Europa ausrichten wird. Zudem hat Corona die Schwächen der EU aufgezeigt. Wer in Zukunft erfolgreich sein will, sollte sich nicht zu stark an der EU orientieren. Vielmehr muss er seine Autonomie wahren. Das geht nicht mit dem Rahmenvertrag, und es geht auch nicht mit der Personenfreizügigkeit in ihrer engen EU-Definition. Somit ist es Zeit für den freien Personenverkehr mit Aufenthaltsabgabe.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg i. Üe.

Bitcoin-Blues

Wenn eine Aktie in wenigen Tagen einfach so mal fast 25% verliert, dann ist Krisenstimmung angesagt. Wenn Bitcoin, wie in den letzten Tagen geschehen, ein Viertel des Werts einbüsst, wird das in die Kategorie «normale Kursschwankung» eingebucht. Der Kurs der Kryptowährung ist binnen zehn Tagen von deutlich über 63000 auf zwischenzeitlich unter 48000 \$ gefallen.

Als einer der Gründe für die Schwäche wird die von US-Präsident Joe Biden geplante Erhöhung der Kapitalgewinnsteuer ins Feld geführt. Für reiche Amerikaner soll sich die Abgabe verdoppeln. Die gute Nachricht? Ich erwarte nicht, dass sich das längerfristig wirklich auf die Popularität von Bitcoin auswirkt. Gerade Investitionen, die von der Hoffnung auf überproportional hohe Kursgewinne getrieben sind, dürften dadurch nicht beeinträchtigt werden. Die schlechte Nachricht? Bitcoin bleibt hoch spekulativ und je nach Investitionsgrad für den Privatanleger hoch gefährlich.

An dieser Stelle hatte ich Ihnen schon zwei Mal grünes Licht gegeben, falls Sie vorhaben, mit etwas «Spielgeld» auf Bitcoin zu setzen. Das erste Mal vor vergangenen Dezember, als die Kryptowährung 20000\$ kostete, das zweite Mal im Januar, als sie 40000\$ wert war. Beide Male ist die Rechnung aufgegangen – auch jetzt noch nach dem Kursgewitter von Bitcoin.

Und wieder stellt sich die Frage: Und jetzt? Aus rein spekulativer Sicht ohne Selbstverständlichkeit. Begründung ist der Zeitpunkt für einen Zukauf günstig. Doch vergessen Sie eines nicht: Ein Gewinn ist erst im Trockenen, wenn er realisiert ist. Und noch einmal, weil man es einfach nie genug sagen kann: Setzen Sie Ihre Altersvorsorge nicht aufs Spiel.



JAN SCHWALBE
Chefredaktor
zum Thema
Bitcoin



Jetzt können Sie in das **FuW-Eco-Portfolio** investieren, und zwar ganz einfach mit einem Anlagezertifikat, das an der Börse SIX Swiss Exchange gehandelt wird. Wir sind überzeugt, dass Unternehmen, die eine CO₂-Reduktionsstrategie verfolgen, an der Börse besser abschneiden als andere.
Valorennummer: 56238777



Ebenfalls gibt es das **FuW-Risk-Portfolio** als Zertifikat. Unser Portfolio setzt seit 25 Jahren erfolgreich auf vielversprechende Schweizer Aktien mit dem gewissen Kick. Beim Investitionsentscheid gilt ein kurzer bis mittlerer Anlagehorizont, um auch von Spezial-situationen zu profitieren.
Valorennummer: 37270457



Abgerundet wird unser Angebot vom **FuW-Value-Portfolio** mit internationaler Ausrichtung. In der seit über zehn Jahren geführten Auswahl stehen reizvolle Value-Aktien mit Fokus Nordamerika und Europa.
Valorennummer: 37270456
Mehr Infos zu allen Portfolios finden Sie auf fuw.ch/invest

Treten auf der Stelle

Rahmenabkommen mit der EU bleibt blockiert. **PETER MORF**

Realistischerweise konnte nicht mehr erwartet werden: Das Gespräch von Bundespräsident Guy Parmelin mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Freitag erbrachte keine nennenswerten Fortschritte. Parmelin kam vor den Medien in Brüssel nach dem Treffen zum Schluss, «dass wir in unseren Positionen weiterhin erhebliche Differenzen haben».

Diese beziehen sich auf die von der Schweiz nach Konsultationen im Inland reklamierten drei Kernpunkte: den Lohnschutz bzw. die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit, staatliche Beihilfen, sprich Subventionen, sowie die Übernahme der EU-Unionsbürgergerichtlinie. Da verlangt die Schweiz Anpassungen. Die EU hat diesbezüglich auch in den jüngsten Gesprächen keine Kompromissbereitschaft signalisiert. Immerhin: Die Gespräche wurden nicht abgebrochen, man bleibt in Kontakt – eine bescheidene Ausbeute.

In der Sache wirklich heikel ist für die Schweiz die letztlich von der EU verlangte Übernahme der Unionsbürgergerichtlinie. Sie würde die Personenfreizügigkeit gleichsam auf alle EU-Bürger ausdehnen, nicht nur auf Arbeitskräfte. Das heisst, die Zuwanderung in die gut ausgebauten Schweizer Sozialwerke würde locker möglich. Das ist die wirkliche rote Linie.

Die anderen zwei Punkte sind genau genommen eher Nebenschauplätze. Die Einschränkung bzw. Erschwerung der staatlichen Beihilfen würde der Schweiz sogar gut anstehen. Das Thema der flankierenden Massnahmen wird von den Gewerkschaften zu einem zentralen Thema

hochgeredet, das es in keiner Weise ist. Oberflächlich betrachtet setzen sich die Gewerkschaften für die Arbeitnehmer ein, in Tat und Wahrheit geht es ihnen in erster Linie um den Erhalt der eigenen Macht.

Gemäss Parmelin will der Bundesrat die Gespräche nun auswerten, das Gleiche tut auch die EU. Es muss dabei in erster Linie darum gehen, möglichst zusammen mit den Sozialpartnern die Gewerkschaften von ihrer stur doktrinären Linie abzubringen und zu Konzessionen zu bewegen. Allerdings darf sich die Politik nicht in Geiselschaft der Gewerkschaften begeben – eine heikle Gratwanderung. Kann die Schweiz der EU im Lohnschutz einen Kompromiss anbieten, könnte womöglich auch in den anderen Themen etwas erreicht werden.

Sollten die Gewerkschaften unnachgiebig bleiben, müsste die Übung wohl abgebrochen werden – ein Ende mit Schrecken. Was das allerdings kurz- und mittelfristig für die bilateralen Verträge bzw. für den Zugang von Schweizer Unternehmen zum EU-Binnenmarkt heissen würde, bleibt schwer abschätzbar. Stichworte sind etwa die Regelungen im Bereich der Medizinalprodukte oder ein Stromabkommen, das von der EU an das Rahmenabkommen gebunden wird.

Die Gewerkschaften täten nun gut daran, ihre Position zu hinterfragen. Sollte es wirklich zu einem Verhandlungsabbruch kommen, stünden sie, im Verbund mit der SVP, als Verantwortliche für den europapolitischen Scherbenhaufen da – das wäre ihrer Reputation in der Schweiz kaum zuträglich.

Aktuell auf www.fuw.ch



Phoenix Mecano zeigt sich zuversichtlich

Das Industrieunternehmen hat am Mittwoch beeindruckende Zahlen für das erste Quartal vorgelegt: ein Umsatzplus von 18% sowie ein 74% höheres Betriebsergebnis. Bei der Interpretation ist aber Vorsicht geboten. Ein Grund dafür ist nämlich die sehr niedrige Vorjahresbasis.

www.fuw.ch/240421-1

Erneuter Rückschlag für GAM

GAM verliert weiterhin Kundengelder. Nach den ersten drei Monaten des neuen Jahres, in denen es für andere Asset-Manager besser denn je lief, erodiert das margenstarke Segment namens Investment Management weiter. Stützend wirkten lediglich positive Markt- und Wechselkurseffekte.

www.fuw.ch/240421-2

Idorsia schneidet besser als erwartet ab

Es ist beeindruckend, wie das Biotech-Unternehmen Quartal um Quartal liefert. Das ist bei zwölf potenziellen Medikamenten in der klinischen Entwicklung keine Selbstverständlichkeit. Die Ausgaben lagen dabei in den ersten drei Monaten mit 129 Mio. Fr. leicht unter den Erwartungen.

www.fuw.ch/240421-3

Der grösste Schuldner verschuldet sich weiter

Die USA sind der grösste Schuldner der Welt – nimmt man die Nettosition des Auslandvermögens als Massstab. Und die Schere zwischen Verbindlichkeiten und Forderungen gegenüber Ausländern öffnet sich immer weiter. Bisher geht dieses Geschäft für die Amerikaner allerdings auf.

www.fuw.ch/240421-4

Daumen runter für Schweizer Aktien

Der britische Wirtschaftsforschungsberater Capital Economics findet derzeit keinen Gefallen an Schweizer Aktien. Der defensiv ausgerichtete Markt werde von der kräftigen Wirtschaftserholung bis Ende 2023 kaum profitieren können, so die Analysten. Auch UBS stuft Schweizer Valoren nur mit «Neutral» ein.

www.fuw.ch/fuw.ch/240421-5